

Sermannstädter Zeitung

Siebenbürger Boten.

vereinigt mit dem

Erscheinung
mit Ausnahme des
Sonntags täglich.
Kostet für das halbe Jahr
3 fl., das Vierteljahr 2 fl.
50 kr., ein Monat 85 kr.

Mit
Postversendung:
Im Inland:
halbjährlich 7 fl., viertel-
jährlich 3 fl. 50 kr. 5 B.
Im Ausland:
vierteljährlich 4 fl. 50 kr.

Redacteur und Eigen-
thümer
Th. Steinhausen.

Inserate
Alle Anzeigen in der
Steinhausen'schen Buch-
druckerei angenommen; für
Postbezugsstellen Leopold-
Lang, Intern. Annoncen-
Expeditio, Elisabethplatz
9; für Wien die Annoncen-
bureau: A. Oppelik,
Bellegasse 22; Hausenstein
& Vogler, Neuer Markt 11,
Rudolf Mosse, Seiler-
gasse 2; für Anstalt:
Hausenstein & Vogler in
Berlin, Hamburg, Frank-
furt a. M., Basel und Paris.

Das einmalige Einlegen einer
einzelnen Garmont'schen
Fahne 7 kr., das 2. Mal 6 kr.,
das 3. Mal 5 kr., das 4. Mal
das 5. Mal 4 kr. 50 kr.

Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben; in Schäßburg bei C. J. Haberlang's Buchhandlung (C. F. Geier); in Szeged bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Seidner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 134. Hermannstadt, Mittwoch am 7. Juni. 1871.

Telegramm

„Sermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“
Versailles, 5. Juni. (Nationalversammlung.) Die Com-
mission zur Prüfung des Verhältnisses der Regierung zur nation-
alen Verteidigung beantragt eine diesbezügliche Enquete; über
Verlangen Thiers' wird die Verabreichung über die Wahlverifica-
tion der Prinzen von Orleans auf Donnerstag verschoben.

Politische Uebersicht.

Wien, 4. Juni.
Unsere Reichstheile beraten noch immer über die Schritte gegen
das Ministerium. Mit Ausnahme der äußersten Linken löst der
Antrag auf Verweigerung des Budgets in allen Fractionen auf Widerstand
und wohl mit vollem Rechte. Diejenigen nämlich, denen noch Besonnen-
heit genug geblieben ist, um die Folgen dieses Schrittes zu überlegen,
fürchten, daß man mit einer Verweigerung des Budgets einzig nur dem
Ministerium einen großen Gefallen erwiese, welches dadurch auf bequemste
Weise des Reichstages los würde. Wir geben der Hoffnung Raum, daß
die Zahl der Besonnenen eine überwiegende sein, und daß das Abgeordneten-
haus nicht unternehmen werde, was seine eigene Existenz gefährdet.
Im Abgeordnetenhaus soll am Dienstag den Worten endlich
die That folgen. Die Clubs der Abgeordneten von der Verfassungs-
partei werden über die gemeinsame Haltung gegenüber dem Budget erst morgen
einen Beschluß fassen, und nach der „N. Fr. Pr.“ sind Alle, ein paar
noch unentschiedene Deputierte aus der Gruppe des Großgrundbesitzes aus-
genommen, einzig in dem Entschlusse, unter den gegebenen Verhältnissen
in die Budgetverhandlung nicht einzugehen. Es gilt nur, über die Form,
die bei dieser Manifestation zu beobachten, für die Dienstag-Sitzung, auf
deren Tagesordnung das Budget steht, schlüssig zu werden. — Ein An-
trag, die Budgetverhandlung von der Tagesordnung abzuheben, wird jeden-
falls von der äußersten Linken gestellt werden, die Unterstützung des Cen-
trums und die Mehrheit ist ihm aber noch keineswegs gesichert.
Der offizielle „Pesti Napó“ ventilirt die Frage, wie die ungarische
Regierung sich Flüchtlingen der Pariser Commune gegenüber zu verhalten
wäre. Wohl besteht diebezügliche kein Gesetz, aber ein Präcedens
sei vorhanden, nach welchem auch die Frage der Auslieferung der Pariser
Flüchtlinge beurtheilt werden müsse. Als in den Dreißiger-Jahren Oester-
reich die nach Ungarn geflüchteten Polen an Rußland ausliefern wollte,
habe dagegen nicht nur der ungarische Reichstag demonstriert, sondern die
Municipien wollten nirgends zur Verfolgung der Flüchtlinge die Hand
bieten. In Fragen dieser Art könne Ungarn nur den Standpunkt der
Humanität und des Liberalismus einnehmen und man dürfe auch jetzt der
traditionellen Politik nicht unterliegen. Allerdings können nicht alle
Flüchtlinge der Commune als politische Flüchtlinge betrachtet werden, aber
andererseits dürfe auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Ausgangs-
punkt der Pariser Bewegung ein politischer gewesen und daß es unter den
Flüchtlingen sehr viele gibt, die diesem Ausgangspunkte bis zum Ende
treu geblieben. Schließlich dürfe man auch nicht vergessen, was es zu
bedeuten hätte, wenn die Flüchtlinge ohne jede Untersuchung ausgeliefert
würden, wo derzeit in Paris die ungezügeltste Nachlese ihre Saturnalien
feiert.
Nach der für Preußen siegreichen Beendigung des französischen
Krieges hat es in Berlin nichts mehr auf sich, die Ketten zu zeigen,
die man hinter sich hatte. In Vorbüchern geschieht das allerdings nicht.

Dafür bringt die mit Hoffreien eng verbundene „Sermannstädter Zeitung“
einen „Ruf nach Deutschland“ übertriebenen Artikel, in welchem die
russischen Regierung gewaltige Clogen gemacht werden, und ein offenes
Bekennen über das Einmischen zwischen Rußland und Preußen wäh-
rend des letzten Krieges abgelegt wird. Der Artikel betont, daß der Kai-
ser von Rußland schon unmittelbar nach der Kriegserklärung dem preußi-
schen Gesandten eine für die durchzuführende Neutralität versprochen, obwohl
es eigentlich im Interesse Rußlands gewesen wäre sich mit Frankreich zu
vereinigen. Dadurch, daß Rußland sich passiv verhielt, verhinderte es die
Theilnahme anderer Mächte an dem Kampfe und Deutschland erreichte
seinen Zweck: die Localisirung des Krieges. Nach der Schlacht von Se-
dan, die den Krieg entschied, war Rußland in der Lage, den übrigen
europäischen Mächten, die es ruhig mit einer Neutralitätsliga und ande-
ren Projecten an sich heranziehen ließ, seine Hülfe zu Preußen
offenbaren zu können. Es ist natürlich, sagt der Artikel, daß Deutschland
eine Gelegenheit ergreift, Rußland seine Erkenntlichkeit zu beweisen.
Diese Gelegenheit bot die Pottsdamer-Affäre, bei welcher Deutschland die
russischen Forderungen unterstüzt, und zugleich die Aufmerksamkeit der an-
deren Staaten, welche der neuen Entwicklung Deutschlands Hindernisse in
den Weg legen konnten, von sich abzog. — (Ein sehr wichtiger Nachtrag
zu unserem Vorbericht.)

Paris ist ruhig, aber wie die Zustände wirklich beschaffen sind,
lehrt der Umstand, daß die Mehrzahl der wieder erscheinenden Blätter —
und daß dies keine communistic gestimmten sind liegt in der Natur der
Sache — das Aufheben der summarischen Hinrichtungen verlangt und auf
Verweisung der Gefangenen vor die regelmäßigen Gerichte dringt, während
auf der anderen Seite noch immer Vorversuche gemeldet werden, die von
Männern, Weibern und jungen Mädchen noch am 29. Mai gemacht wur-
den. Die in mehreren Stadtteilen in Thätigkeit befindlichen Kriegsge-
richte verurtheilten am 29. Mai „eine Menge“ Gefangener. Nach Be-
richten der „Independance Belge“ werden nicht bloß die mit den Waffen
in der Hand gefangenen Insurgenten standrechtlich behandelt, sondern auch
„Personen, die mit Recht oder Unrecht denuncirt wurden, mit der Com-
mune in Verbindung gestanden zu haben; und diese Hinrichtungen finden
nicht in Folge eines regelmäßigen Gerichtsverfahrens statt, sie sind sum-
marisch und werden in Massen von fünfzig, von hundert Individuen zu-
gleich vollzogen.“

In Versailles herrscht Verwirrung. Die Ministerkrise ist noch nicht
gelöst, der Nachfolger Picard's nicht ernannt. Die Verwirrung wird sich
noch steigern, wenn — was nächster Tage jedenfalls geschieht — die Ver-
sicherung der auf die oleanischen Prinzen gefallenen Abgeordnetenwahlen
zur Verprechung gelangt. Die Monarchisten werden die Gelegenheit jeden-
falls für ihre Zwecke auszubuten suchen. Nach Privatnachrichten aus Frank-
reich ist die legitimistische Partei der Versailler Versammlung mit der Vor-
berereitung eines Regierungswechsels in ihrem Sinne eifrig beschäftigt. In
Verbindung mit dem Clerus möchte sie sobald als möglich den Grafen
von Chambord als Heinrich V. ausruufen, umstürmt daraus, ob das
Mandat der Versammlung dazu ausreicht oder nicht. Der Clerus hat
dabei seine bekannten und überall unangenehm verfolgten Pläne wegen der
Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes im Auge, mit welchen
das letzte Mandat des Grafen von Chambord sich keineswegs im Wider-
spruch befindet. Die europäischen Regierungen sollen zu einer Unterstüzung
der Intervention, zunächst auf dem Wege eines Congresses, eingeladen
werden, widrigenfalls Frankreich allein in Italien vorgehen wolle.
Die italienische Regierung soll deswegen nicht ganz ohne Sorgen
sein, zumal die Urheber und Söhne jener Projekte die französische Mil-
itärpartei dadurch zu gewinnen suchen, daß sie diese zu versetzen geben, die
durch die deutschen Siege geschmähte Gloire der Armee werde durch einen

siegreichen Feldzug in Italien am sichersten wieder hergestellt werden. Die
Partei stüchtigt keinen sonderlichen Widerstand seitens der Oleanisten. Der
Graf von Paris hatte bekanntlich vor Kurzem erklärt, er werde den Grund-
satz des Königthums von Gottes Gnaden niemals anerkennen, aber sich
dem Willen der Nation unterwerfen, wenn diese durch frei gewählte Ver-
treter Heinrich V. proclamiren sollte. Inzwischen soll von liberaler fran-
zösischer Seite nach Florenz die Mahnung ergangen sein, möglichst reich
für vollendete Thaten zu sorgen, damit Italien nicht durch einen Kon-
gress oder eine französische Intervention eines schönen Morgens unliebsam
überrascht werde.

Die Schreckenstage in Paris.

Die Commune haben vortheilhafte Arbeit geliefert. Es existirt
heute in Paris kaum ein öffentliches Gebäude, welches nicht entweder vom
Feuer verzehrt oder durch die Wirkung der Artillerie in irgend einer Weise
verwundet wäre. Als ich, um die Gegend der Festung ganz in der
Nähe zu sehen, die Rue de Rivoli in der Richtung zum Hotel de Ville
hinunterging, kam mir auf der Höhe der Rue Cassignole eine große Volks-
menge hülflos und mit geballten Fäusten entgegen.
An der Spitze des Aufzuges bewegte sich eine Compagnie betrittener
Gendarmen, hinterdrein schleppten zwei Militärs aufeinander ein Bündel
von Lumpen, das sich aber durch seine frampfhaften Bewegungen als etwas
Lebendiges kennzeichnete, und worauf jene Personen aus der Menge, die
es erreichen konnten, unbarbarisch losstühten. Es war eine unglückliche
Frau, die bei einer Petroleum-Anschüttung auf der That ertrippt wor-
den war.

Ihr Gesicht war von Blut überflossen, und die Kleider hingen ihr
in Fetzen vom Leibe. Endlich erreichten ihre Peiniger mit ihr eine Gasse
des Louvre; dort wurde sie an die Wand gelockt, schier halbtodt von den
erfahrenen Mißhandlungen. Die wüthende Masse bildete einen Kreis um
sie, und ich sah sie ein erzitterndes und in seinen Details vollständigeres
Bild, als durch diese lebende Gruppe gegeben wurde. In der Mitte eine
nach hinten ringende zusammengekauerte Figur, umgeben von einer wüthen-
den Bande, die kaum verhindert werden konnte, sie in Stücke zu reißen;
auf einer Seite eine noch mit demontirten Kanonen armirte Barricade,
und das Perspective ein paar in Schutz liegende Straßen, und das brennende
Hotel de Ville im äußersten Hintergrund.

Endlich wurde durch zwei wohlgezielte Revolvergeschüsse den Leiden der
unglücklichen Verführten ein Ende gemacht.
Ueber die Zustände in Paris enthalten englische Blätter zum
29. Mai reichende Berichte. Der „Times“ wird aus Paris ge-
schrieben: Paris ist völlig ruhig; die Läden öffnen sich und auf den Stra-
ßen wimmelt es von Menschen, welche den angerichteten Schanden in An-
genheim nehmen. Gefangene werden in Gruppen von je hundert unter
Gefahrte die Boulevards entlang transportirt. Der Kampf hörte gestern
Nachmittag gegen 3 Uhr auf. Einige Schiffe wurden aus den Fenstern
in Belleville geschleudert, wo sich fürchterliche Szenen zugetragen haben sollen.
Die deperateren Charaktere, Diebe und entpurrungene Calceantirräger der
Schlammigen Sorte, wendeten sich im letzten Augenblicke gegen ihre eigenen
Kameraden, weil sie sich weigerten, den Kampf fortzusetzen. Einige Frauen
erlitten zwei junge Männer aus demselben Grunde. In Folge des
Feuerns aus den Fenstern fanden sehr viele Hinrichtungen statt. Der
Park der Buttes Chaumont war mit Leichen bedeckt. Die Soldaten wa-
ren so wüthend, daß die Offiziere es für nöthig erachteten, Freunde vor
der Gefahr zu warnen, sich dem Argwohn auszuliefern.
Schließlich werden neue Einzelheiten über verübte Abentheuerlichkeiten
bekannt. An der Barricade an der Ecke der Rue und des Boulevard
Rochefoucauld, in der Nähe des Café Delta, wurden einige Verwundete

Genilleton.

Kaiser Joseph II., als Reformator der römisch-katholischen Kirche in Siebenbürgen.
Diplomatische Abhandlung von Franz Szilágyi, vorgelesen von Alex. Szilágyi,
in der fünfzigsten Sitzung der ungarischen Academie am 4. April.
Wir geben nachstehend ein Resümé des Szilágyi'schen Vortrags
über Kaiser Joseph's II. kirchenreformatorische Thätigkeit in Siebenbürgen.
„Zwei Ereignisse des in der Geschichte Europa's einen Wendepunkt
bildenden Jahres 1780, nämlich die Aufhebung des seit 1555 bestandenen
österreichischen Konfessions- und die Vernichtung der weltlichen Macht des
römischen Papstes — sagt Szilágyi — haben das Andenken an die
Regierung des Kaisers Joseph II. nicht nur erneuert, sondern so zu
sagen die Aufmerksamkeit eines jeden Freundes der Geschichte darauf
hingedragt.
Beide Ereignisse von hoher Bedeutung und mächtiger Tragweite
stehen in engem Zusammenhange mit der römisch-katholischen Kirchen-
reform, welche auch bei uns eben jetzt an der Tagesordnung ist, die Ge-
müther lebhaft bewegt und unzweifelhaft auf das künftige Schicksal
und die verfassungsmäßige Entwicklung unseres Vaterlandes einen be-
deutenden und entscheidenden Einfluß ausüben wird.
Die Angelegenheit der Umgestaltung der innern Organisation der
römisch-katholischen Kirche ist hier in jüngster Zeit in zwei entgegengesetzten
Richtungen aufgetaucht und zum Theil Gegenstand der Debatte geworden.
Einerseits hat sich der vor einigen Tagen geschlossene katho-
lische Autonomie-Congress mit dieser Frage beschäftigt, jedoch in einer
Weise, welche die Welt überzeuge, daß die im Mittelalter lebende und
denkende Majorität der heiligen Versammlung nicht die Kirche in Ueber-
einstimmung mit den Anforderungen der Zeit zu reformiren, sondern
die überlebte Hierarchie auch für die Folgezeit aufrechtzuerhalten, ja die-
selbe auf festere Fundamente zu stützen wünscht und strebt.“

Andererseits ist die Angelegenheit auch im Reichstag zur
Sprache gekommen und in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom
15. März an die Regierung eine Interpellation gerichtet worden, die
sich auf das jus placet regii und die Sicherung der Unabhängigkeit des
ungarischen Staatsrechtes gegenüber der römischen Kurie bezog.
In diesen hochwichtigen und die speziellste Beachtung verdienenden
Ereignissen unserer Zeit gibt sich von Neuem der alte Wahnspruch:
Reformatio ecclesiae in capite et membris.
Darum dürfte es durchaus nicht unnöthig und vielleicht auch nicht
ohne Interesse sein, einen Rückblick zu werfen auf die Regierung des
Reformators Fürsten, Kaisers Joseph II., welcher nachdem
er 1780 Ende November den Thron bestieg, sein großes Werk, die
Neugestaltung des Staatslebens und der Rechtsverhältnisse seines Reiches,
alsbald in die Hand nahm, und daselbe gerade mit der Umgestaltung
der römisch-katholischen Kirche begann.
Zu besserem Verständniß der von diesem Monarchen in Angriff
genommenen katholischen Kirchenreform in Siebenbürgen schildert Szilágyi
kurz den Zustand der Siebenbürger Religionsangelegenheiten vor der
Regierung Kaiser Joseph's II.
Siebenbürgen hatte bereits 1557 unter seine Staatsgrundgesetze
das Prinzip der Religionsfreiheit aufgenommen, nach welchem „Jeder den
selben Glauben bekennen darf, den er will“, und im Siebenbürger Ge-
setzbuch, der sogenannten Approbata, ist die absolute Gleichberechtigung
der in diesem Lande rezipirten Religionen, nämlich des römisch-katholischen,
des lutherischen, des reformirten und des unitarischen Religionsbeken-
nisses, sanktionirt.
Doch in dem zwischen 1715 und 1770 fallenden Zeitraum wurde,
in Folge des damals dort zur Geltung gelangten Regierungssystemes,
die Religions- und Gewissensfreiheit in einem Grade eingeschränkt, welcher
heutzuutage der völligen Vernichtung derselben gleichkam, indem eine der
Hauptaufgaben der Regierung darauf gerichtet war, den römisch-katholischen
Glauben auszubreiten und diese Kirche mit Vorrechten auszustatten, durch
welche einerseits die gesetzlich garantierte Gleichberechtigung der übrigen

rezipirten Religionen vernichtet und andererseits die röm.-kath.
Kirche faktisch zur herrschenden erhoben wurde.
Unter Anderem war der Austritt aus der katholischen Kirche, als Ver-
brechen gegen den Staat, aufs Strengste, für gewisse Fälle selbst unter
Todesstrafe verboten, die Schließung gemischter Ehen nur mit Einwilli-
gung des röm.-kath. Bischofs gestattet u. s. w. Alles dies nach dem
1751 herausgegebenen, 1774 neu bestätigten, Apostasie-Dekrete.
Nach einem allerhöchsten Intimat vom 1763 waren die Unitarier nicht
bloß aus allen Staats-, Kameral-, Kommissar-, sondern selbst aus allen
städtischen und Gemeindefunktionen ausgeschlossen, u. s. w.
Kaiser Joseph II. richtete nun alsbald nach seinem Regierungsan-
tritt an die siebenbürgische Hofkanzlei drei allerhöchste Handschreiben,
welche sich auf die Reform der kath. Kirche bezogen, und aus welchen
wir — da sie mit den durch die besprochenen Verhältnisse bedingten
Modifikationen auch für die übrigen Theile des Reiches herausgegeben
waren — das ganze Regierungssystem Kaiser Joseph's bezüglich der
Religionsfrage kennen lernen.
Das erste dieser drei kaiserl. Handschreiben — vom 13. März
1781 — hebt die bis dahin bestandene Verbindung der inländischen
Orden und Frauenklöster mit ausländischen Orden-Klöstern und deren
Vorgesetzten auf und erbetet an, daß die inländischen Orden von einem
nicht in den österreichischen Ländern wohnenden Oberhaupt — pater
generalis — weder in geistlichen und Disziplinar-, umso weniger in
weltlichen Angelegenheiten, in keiner Weise abhängig sein, sondern durch
einen in Sr. Majestät Ländern wohnenden Provinzial regiert werden sollen.
Im zweiten — 24. März 1781 herausgegebenen — Hand-
schreiben befahl der Kaiser, daß in Zukunft alle Anordnungen der
römischen Kurie, welchen immer Namen, Form oder Inhalt sie auch
haben mögen, vor der Verkündung derselben stets dem königlichen
Gubernium einzureichen seien und nur nachdem sie die fürstliche Ein-
willigung, das sogenannte placetum regium, erhalten haben, den Gläubigen
functgemacht werden dürfen.
Das dritte — vom 25. April 1781 datirt — kaiserliche

Jahre
Deutschland
Gründe.
ch er
OH
Wien
Ausgaben.
Passiva.
Oberbuchhalter:
Fenz m. p.

lebendig in einen Graben geworfen. Ihr Schreien und Schreien während der Nacht war schrecklich. Man befürchtet, die große Anzahl der Getödteten und Verwundeten in Paris könne den Ausbruch einer Epidemie verursachen, deren Folgen fürchterlich sein müßten. Vidal, ein Mitglied des Centralcomité's, wurde im Luxembourgsgarten erschossen. Treilhard Director der Affiance Publique, wurde am Pantheonplatz erschossen, seine Witwe reklamierte die Leiche. Ihr Keller, in welchem der Verthorbene seine Kaffeetische verbergen hatte, wurde durchsucht. Man fand 40,000 Francs, den 1-ten Rand von der Affiance Publique. Mathieu, ein Mitglied der Kommune, wurde am Mittwoch am Pont Neuf von den Kommunisten arretirt; man fand 1,500,000 Francs in seinem Besitz. Er wurde angeklagt, eines der Thore an die Versailler verkauft zu haben. Die Kommunisten stellten ihn mit dem Rücken an die Statue Henri's IV. und erschossen ihn. Seine Leiche warf man in den Champs Elysées, wurde durch einen Liniensoldaten erwidert. "Sie sind mein Gefangener", sagte der Offizier. Dsolowitsch erwiderte: "Die Kommune arretirte mich." Er wurde nach dem Park Monceau gebracht und dort erschossen. Millière leistete bei seiner Ausrückung im Luxembourg verweilenden Widerstand; er feuerte aus seinem Revolver sechs Schüsse auf die Soldaten ab. Man erschoss ihn auf der Treppe des Pantheon's.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Paris, 3. Juni. Beide Häuser des Reichstages versammelten sich heute. In der Sitzung des Oberhauses wurde das Antrium der Abgeordneten in Betreff der, zu den Liberalvorlesungen gestellten Modifikationen des Oberhauses verlesen und beschlossen trotz des ablehnenden Votums der Abgeordneten, auf den ursprünglichen Vorschlägen zu verharren. Die Unterhausung wurde vom Präsidenten um 11 Uhr eröffnet.

Nachdem die üblichen Formalien erledigt waren, ergriff Daniel Frányi das Wort, um nach kurzer Motivirung folgende Interpellation an die Gesamtregierung zu richten:

Nachdem ich aus den Zeitungen erfahren, daß der französische Minister des Aeußern den gemeinsamen Minister des Aeußern ersucht hat, die sich etwa auf österreichisch-ungarischen Gebiet flüchtenden Mitglieder der Pariser Kommune auszuliefern und daß der Minister des Aeußern dies Gesuchen den Ministerpräsidenten Ungarns und Gesandten zur Entscheidung übermitteln hat, so frage ich den Herrn Ministerpräsidenten:

- 1. Hat er das erwähnte Gesuchen empfangen, und wenn ja, was will er diebezüglich beschließen?
2. Will er das Haus dessen versichern, daß er einestheils die Auslieferung gemeiner Verbrecher, wenn von Fall zu Fall ihre Schuld nachgewiesen wird, nicht verweigern, anderentheils aber hinsichtlich der politischen Verbrecher das heilige Völkerrecht des Völkers wahren wird?
Erst Simon, der hierauf ebenfalls zu einer Interpellation das Wort ergriff, sagt im Wesentlichen Folgendes:
Die Häupter haben mitgetheilt, daß ein Bischof dem Unterrichtsminister erklärte, er habe trotz des jus placeti das Dogma der Infallibilität proklamirt. Nachdem nun das jus placeti verfehlt; nachdem die Regierung in einer hier im Hause abgegebenen Erklärung konstatirt hat, daß sie es aufrecht erhalte, so hat der Mann, der sich in solcher Weise gegen das bestehende Gesetz ansetzt, bewiesen, daß man ihn nicht an der Spitze einer Dicoese lassen dürfe. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Kedner will in dieser Angelegenheit an den Kultusminister eine Interpellation richten und er wünscht, daß die Antwort jedenfalls noch vor Vertagung des Reichstages ertheilt werde; denn wir sehen, daß in Preßburg durch rohe Excesse die Ruhe gestört wird, in Pest sich ein katholisches Kasino bildet, im ganzen Lande sich eine gefährliche religiöse Agitation verbreitet, und wir wollen wissen, woran wir sind. Die Interpellation lautet:

- 1. Ist die von den Blättern mitgetheilte Nachricht wahr, daß der Bischof von Szeged dem Kultusminister erklärte, er habe das Dogma der Infallibilität publizirt?
2. Was für die von dem Kultusminister die Leitung der Dicoese noch länger in der Hand dieses, das vielhundertjährige Recht des Königs verachtenden Mannes zu lassen? — Beide Interpellationen werden den betreffenden Ministern zugehelt.
Ministerpräsident des Innern, Wilhelm Lotz, beantwortet hierauf die Interpellation des Abg. Bades: ob er Kenntniß davon habe, daß ein Beamter des l. Kommissariats in Szegedin, Namens Molnár, einen römischen Bauer auf die unmenschlichste Weise quälte und soltern ließ? Der Minister hat sich gestern mit dem hier weilenden l. Kommissar sofort in Verbindung gesetzt und von diesem erfahren, daß ein Beamter, Namens Molnár, beim Kommissariate gar nicht angestellt ist, doch hat die Regierung die strengste Untersuchung angeordnet, damit entweder die Schuldigen bestraft, oder jene demantirt würden, die solche Gerüchte verbreiten, ohne sich auch nur die Mühe zu nehmen, sich gründlich in der Sache informiren zu lassen. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Da der Interpellant nicht anwesend ist, wird beschlossen, ihm zu gestatten, daß er auf die Antwort seine Bemerkungen bei anderer Gelegenheit vorbringt.

Hierauf werden die vom Oberhause zu dem Gesetze über die Gerichte erster Instanz gestellten Modifikationen, ferner die Gesetzentwürfe über ver-

schiedene Verträge mit den vereinigten Staaten, mit Peru und Paraguay und schließlich ein Referat des Petitionsausschusses verlesen und angenommen. Nächste Sitzung Montag Vormittags 10 Uhr.

Inland.

Pest, 3. Juni. Die bevorstehende Ernennung Vitto's wird von allen Morgenblättern günstig aufgenommen. Das morgen erscheinende Amtsblatt soll das betreffende Handschreiben bringen. Es verlautet, daß die bereits vollzogene Ernennung des Ministerialrathes Koloman Kovacs zum Mitgliede der königlichen Curie, welche allgemein mißbilligt wurde, zurückgenommen sein soll, nachdem das königliche Ernennungsschreiben schon angelangt war. Antrag wird die diebezügliche Interpellation Dittich's heute beantwortet. — In dem Prozesse Drosky-Lalanyi wurde der Angeklagte freigesprochen und nur in die Kosten verurtheilt.

Paris, 4. Juni. Im Dorau-Buger Wahlkreise ist der oppositionelle Kandidat Joseph Müllner einstimmig zum Deputirten gewählt.

Karlovitz, 3. Juni. In der heutigen Kongressung wurde beschlossen, Sr. Majestät um die Sanktionirung der vorjährigen Kongressbeschlüsse zu bitten. Ein Fünfer-Ausschuß wurde mit der Redaction der bezüglichen Repräsentation betraut; es wurde hierauf die Debatte über die Lehrerparanoiden fortgesetzt und die Gründung von gemeinschaftlichen Lehrerbildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen beschlossen. Als der Director der Zomborzer Paranoiden, Brancovic, beantragte, die ungarische Sprache als obligaten Lehrgegenstand aufzunehmen, verlangte der Karlsruher Ex-priester Begovic, man solle auch die rüchische Sprache aufnehmen, was eine heftige Debatte hervorrief. Der Präsident drohte mit Schließung der Sitzung, worauf Begovic seinen Antrag zurückzog, der Brancovic's wurde aber mit Majorität verworfen.

Ziurme, 3. Juni. Die gestrige außerordentliche Sitzung der Stadtrepräsentanz beschloß einstimmig, dem Ministerium, der Magnaten und der Deputirten-Kammer telegraphisch den lebhaftesten Dank auszusprechen für den von der Regierung vorgelegten, von beiden Kammern angenommenen Gesetzentwurf betreffs Auebau des Fiumaner Hafens.

Wien, 3. Juni. Wie dem "W." aus Caltaro berichtet wird, sind die Beziehungen Oesterreichs zu Montenegro die besten. Stratimirovic soll Konjul in Cetinje werden.

Wien, 3. Juni. Sämmtliche Abgeordnete der Verfassungspartei werden Montag über die Frage der Budgetverweigerung, die wahrscheinlich ist, Beschluß fassen. Der Finanzanschuß der Delegation, welcher nur aus Verfassungsanhängern besteht, dürfte die Vertagung der Verhandlungen beschließen. Es verlautet, die Abmahnung der Regierung mit den Gesetzen sei abgelehnt, die Anerkennung des sogenannten böhmischen Staatsrechts aufgebrochen. Man verhandelt gegenwärtig über die Duote der künftigen Beitragsleistung Böhmens.

Wien, 4. Juni. Donnerstag den 8. Juni, als am Frohnleichnamstage werden Sr. Majestät der Kaiser mit Ihrer Majestät der Kaiserin, dann die hier weilenden Mitglieder des kaiserlichen Hauses früh um 7 Uhr nach der St. Stephans-Metropolitankirche fahren, um dem Hochamte und der feierlichen Prozession beizuwohnen.

Wien, 5. Juni. Sämmtliche Fraktionen der Verfassungspartei werden die Budgetverweigerung beschließen, nur einige mährische und niederösterreichische Abgeordnete machen Ausnahme. Alle Abgeordneten sind nach Wien berufen. Als Redner für die Budgetverweigerung ist Ostria vorgezählt. Hohenwart soll die Dreie für die Auflösung des Reichsraths bereits in Händen haben; die Auflösung soll unmittelbar, nachdem die Budgetverweigerung beschlossen worden, erfolgen. Hiemit würde das Ende der Delegation eintreten.

Wien, 5. Juni. Der Antrag auf Budgetverweigerung wird morgen von Dr. Mayerhofer, ehemaligem Vice-Bü gemittelter Wien's, gestellt werden. Derselbe wird die Form einer motivirten Tagesordnung haben. Ob der Antrag die Majorität erhält, ist noch nicht gewiß.

Orag, 2. Juni. Die heilige evangelische Gemeinde versammelt sich morgen, um entscheidende Maßnahmen in der Affaire Schulz zu besprechen, nachdem die Adresse an den Supremtenidenten erfolglos geblieben ist.

Orag, 4. Juni. Zum fünfundsingzigjährigen Jubiläum des Papstes veranstalten hiesige Katholiken eine große Festfeier. Auf Anordnung des Bischofs Zwergler findet in ganz Steiermark eine Höhenbeleuchtung statt.

Prag, 2. Juni. Im Verfassungsvorereitete der Budgetverweigerung-Antrag heftige Debatten durch eine Erklärung zweier Universitäts-Professoren (Brunner und Metzl), sich der Abstimmung enthalten zu wollen. Die Motivirung dieser Erklärung wurde energisch und unter stürmischer demonstration Beifall von Anoll, Kub, Ledesio, Director Heinrich und Berichterstatter Raubitz, sowie zahlreichen anderen Rednern zurückgewiesen. Alle Redner betonten die Nothwendigkeit einer energischen, alle Mittel benützenden Oppositionspolitik der Deutschen, die den Kampf, den ihnen die Regierung bietet, einzig und muthig aufnehmen müssen.

Prag, 3. Juni. Die Antwort des Kaisers auf die Adresse des Abgeordnetenhauses wird von allen Journalen besprochen — Böhemia heert den festen Glauben der Regierung hervor, die Gesetze zum Eintritt in den Reichsrath bewegen zu können. Worauf diese Zweifelhaftigkeit, ist unbekannt. Die Haltung der tschechischen Blätter lasse sie ungerechtfertigt erscheinen. Die Föderalisten aber hoffen, daß, nachdem Hohenwart abgewürdigt habe, ihre Aera kommen werde. Daß Hohenwart sei nur ein Pionnier der feudalnationalen Pläne gewesen. "Ehedem hätte die Aussicht auf eine solche

schreibens Folgendes zu wissen: Wenn sich unter dem Klerus Einzelne finden sollten, welche sich durch eine beängstigende Beunruhigung ihrer Gewissen verhindert fühlen möchten, den in Rede stehenden kaiserlichen Anordnungen Gehorsam zu leisten, so setze es denselben jederzeit frei, ihre Aemter und Würden niederzulegen und aus dem Reiche Sr. Majestät dorthin zu wandern, wohin es ihnen liebsten möchte, und Sr. Majestät erwarte, daß den Anordnungen derselben, von welchen Diefelbe nicht das Geringste zurückzunehmen gesonnen ist, Jedermann Gehorsam leisten werde.

Der Kaiser setzte seine begonnene reformatatorische Thätigkeit — seinem dem Primas ertheilten Bescheide gemäß — fort. Eine vom 3. Jänner 1783 datirte Verordnung dehnt die in den übrigen Reichsländern verfügte Auflösung verschiedener Klöster und Orden auf Siebenbürgen aus. Diese Verfügung betraf namentlich die bloß ein kontemplatives Leben führenden, sich mit Unterricht oder Krankenpflege nicht befassenden, der bürgerlichen Gesellschaft in keiner Weise nützenden Kartäuser, Kamalulener und Eremiten-Mönchsorden, nebst den Karmeliterinnen, Klarissinnen und Kapuziner-Nonnen. (Schluß folgt.)

Notiz.

(Ein Tunnel durch den Bosporus.) Großartig ist das Project des Bosporus-Tunnels zur Verbindung von Konstantinopel mit der asiatischen Küste, zu dessen Ausführung sich eine englisch-türkische Compagnie gebildet hat. Die technische Seite dieses neuen Riesenterrestes ist sehr interessant. Es soll nämlich etwa 36 Fuß unter dem Wasserpegel, so daß der Verkehr der Schiffe nicht behindert ist, ein Rohr von 10 Fuß Durchmesser im Lichten gelegt werden, das aus zwei concentrischen, acht Zoll von einander abliegenden Röhren von viertelzölligen Riefenblech bestehend und eine Länge von etwa 1200 Fuß haben würde. Die beiden Röhren sollen entweder nur von einander abgetheilt oder der Raum zwischen ihnen mit Holz ausgefüllt werden. Das Gewicht des Rohres würde ungefähr 12,000 Ctr., das des Futteres und der Ausfüllung auf der Sohle etwa 34,000 Ctr., das größte Gewicht eines hindurchgehenden Eisenbahnwagens 3000 Ctr., der Kuttirer aber 54,000 Ctr. betragen. Da demnach das Gesamtgewicht des unbelasteten Tunnels geringer ist als der Auftrieb, so müßte das Rohr durch eine Anzahl im Meeressande festganker Ketten niedergebunden werden, während auch durch die höchste zulässige Belastung keinerlei Senkung hervorgerufen wird.

Zukunft und erschüttert, jetzt gehen wir ihr mit Bewußttheut entgegen. — Der tschechische Staat wird von Männern, welche jüngst in der Presse und vor Gericht sich beschimpften, regiert werden. Sellen, Kemter, Wüden in Böhmen werden die tschechischen Führer unter sich theilen. Die Verhältnisse in der Praer-Gemeinde im tschechischen Staate zur Erweiterung Anwendung gelangen, mit dem bekannten Gleichberechtigungsprinzip, nach welchem den Deutschen ein Viertel, den Czechen drei Viertel der Vertretung gebühren. Der Staat Oesterreich dürfte neben einem solchen Staate Böhmen arg wegleiden und voraussichtlich nicht im Stande sein, am Tage der Gefahr seine Lebensfrage durch ein Zusammenstoßen seiner Kräfte günstig zu entscheiden. — Die tschechischen Blätter besprechen die kaiserliche Antwort günstig. Alle erklären jedoch, daß die gute Absicht nicht genüge, daß Thaten folgen müssen. — Das deutsche Ozechenblatt sagt: Die staatsrechtliche Opposition ist nicht der Hoffnung baar auf das Gelingen des Ausgleichsweckes; aber das Ministerium dürfte nicht vergessen, daß die Lage nunmehr eine analoge mit jener ist, die den ungarischen Ausgleich einleitete. Halbe Compromisse sind heute unmöglich. — Auch Potof und Narodni Lich meinen, Hohenwart's Politik verjuche die böhmische Frage auf die billige Weise auszugleichen, wofür sie Hilfe suchen mag, wo sie will, nur nicht bei der Staatsrechtspartei!

Prag, 3. Juni. Aus dem tschechischen Lager verlautet: Die Ausgleichs-Unterhandlungen wurden hauptsächlich zwischen Hohenwart, Ritter und Slam geführt. Zwei oder dreimal hat auch Palochy den Verhandlungen beigewohnt. Ein bestimmtes Maß von Zugeständnissen erfolgte nicht. Das Ausgleichsweck bleibt dem böhmischen Landtage überlassen. Die Auflösung des mährischen Landtages wird von den Czechen nicht erwartet. Böhmisch-Teipsa, 2. Juni. Der Ausschuß des tschechischen Vereines in Böhmisch-Teipsa hat beschlossen, den Abgeordneten Widert und Singl für ihre Haltung in der Adressdebatte die volle Anerkennung auszusprechen.

Znaim, 2. Juni. Die Znaimer Bezirkshauptmannschaft untersagte gestern dem Znaimer Lehrervereine unter Beibehaltung auf dessen Statuten und auf ministerielle Bestimmungen die Abhaltung einer Plenarversammlung außerhalb des Vereinsthales (Znaim), obwohl dieselbe Behörde im Vorjahre keinen Anstand nahm, demselben Vereine sogar die Abhaltung einer Wanderversammlung zu gestatten.

Znaim, 3. Juni. Der Ausschuß des Znaimer Lehrervereines beschloß in seiner gestrigen Sitzung gegen die bezirkshauptmannschaftliche Ertheilung, welche die Abhaltung der Plenarversammlung außerhalb Znaims untersagt, einen Recurs an die Statthalterei.

Rusland.

Berlin, 3. Juni. Der Reichstag wird alle gestern debattirten Vorlagen ohne Ausnahmberathung in pleno fortberathen, da Fürst Bismarck dringend bat, die Frage der Enschädigung an die gestrichelten Städte und des Erbes für Kriegesleistungen im Etsch schnellstens zu erledigen. — Die Ausrechnung der Preussischen Bank auf Etsch-Lotbringen wird nächstens erfolgen. — Heute findet die dritte Lesung des Gesetzentwurfes betreffs Etsch-Lotbringens statt. — Bei dem feierlichen Dankgottesdienste am 18. Juni wird eine Kirchen-Collecte für Invaliden veranstaltet werden. — Paris eingegangener offizieller Nachricht ist die diebezügliche Genehmigung von Reich seit 1. Juni Abends aufgehoben, der Verkehr über St. Denis freigegeben.

Berlin, 3. Juni. (Reichstages-Sitzung.) Bei der heutigen dritten Lesung des Gesetzes über Etsch-Lotbringen erklärte Sonnemann, gegen das Gesetz zu stimmen, weil die Einzelverleibung ohne Volksbefragung erfolgt sei. Er erwartet sich dagegen, daß seine Motive dieselben seien, wie die des Social-Demokraten Bebel, und protestirt gegen Schulz-Dehlfeld's neuliche Aeußerung, daß keine Partei in Deutschland die Annercion vorherredete. Die Partei des Redners, die "demokratische", thue dies. Ewald protestirt gleichfalls gegen die Annercion. — Reichensperger (Greifeld) spricht für die Vorlage, Bischof Reitel (Paderborn) gegen das Gesetz, weil er gegen eine Dicitatur sei. Nach kurzer Replik des Referenten Lamey gegen Sonnemann wird die Debatte geschlossen und Artikel I des Gesetzes, der Ausspruch der Vereinigung dieser Gebietsheile mit dem deutschen Reiche, mit allen gegen die zwei Stimmen Sonnemann's und Ewald's angenommen. (Bebel war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.) Zur Berathung gelangt nun Artikel 2 (Dicitatur in Etsch bis zum Jahre 1873, Einführung einzelner Theile der Verfassung durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrathes und sofortige Wirksamkeit der Reichsverfassungsbestimmung über das Indigenat). Graf Reist will die Dicitatur noch ein Jahr länger, bis 1874. Dunder spricht für Vereinfachung jeder Dicitatur und erinnert daran, daß Fürst Bismarck, was bebenlich sei, erst jüngst aus unbedeutendem Anlasse zurückzutreten drohte. Fürst Bismarck erwidert: Ich gebe nicht zu, daß meinem neulichen Aufstreten Willkür zu Grunde lag; ich finde in den Beschlüssen des Hauses den Versuch einer dauernden Bevormundung Etsch-Lotbringens. Daß die Etschler an der Verfassung participiren, dem liegt kein Hinderniß im Wege. Die Zulassung der Etschler in den Bundesrath wird sogar vielleicht bald nothwendig sein; aber der Reichstag kann nicht die Landesinteressen des Etsch's beherrschen wollen, dies wäre eine große Ungerechtigkei; Sie beeinträchtigen ja auch nicht die Landesgesetzgebung der übrigen Einzelstaaten. Ich glaube, daß wir dieses jüngste Kind der deutschen Landesfamilie besser zu behandeln wissen, als die Reichstags-Majorität, mit größerer Schonung der fraglichen Interessen, deßhalb wird sogar die Dicitatur bis 1874 wünschenswerth. Wenn Sie die Dicitatur kürzen, müssen Sie und nicht 24 Stunden lassen. Welche Menge Gesetze sind Ihnen zu leisten. Nicht müde zu sein, wird mir wohl auch der Vortredner nicht bestreiten. (Beifall.) Vlandenburg spricht für die Dicitatur bis 1874. Lafer für die Dicitatur bis 1873. Fürst Bismarck betont, er habe den Eintritt der Etschler in den Reichstag nicht für identisch mit der Einführung der Reichsverfassung im Etsch. Karboiff spricht für die Dicitatur bis 1874, wenn der Eintritt der Etschler im Reichstage bevorsteht. Bismarck avivirt seine lebhaftesten Bemühungen für die Realisirung dieses Wunsch's, wozu die Zustimmung der Bundesregierungen und des Reichstages gehört. Die Debatte über diesen Artikel wird hierauf geschlossen. Bei der Abstimmung werden die Commissions-Vorschläge durchwegs angenommen. § 2 wird hierauf in der Fassung der Commission angenommen, wonach die Dicitatur bis 1. Jänner 1873 dauert. § 3 und nach kurzer Debatte die übrigen Paragraphen, sowie das ganze Gesetz werden hierauf angenommen.

Berlin, 5. Juni. Der Fremdenzufluß zur Friedensfeier beginnt schon in großem Maßstabe. 800 Ungarn meldeben zur Einzugsfeier ihre korporative Beihelligung im Nationalklub an. (Wer mag den Herren Preußen diesen Vöden aufgebunden haben? V. Red. d. P. Kl.)

München, 3. Juni. Die bayerischen Truppen vor Paris marschiren am 6. d. zurück. In den letzten Kampfzügen wurden von den Reglern der die Jungenten verfolgenden Versailler Truppen auch bayerische Vorposten getroffen. Ein Mann wurde getödtet, vier verwundet.

München, 4. Juni. Der König wird an der diesmaligen Frohn-

leichnam-Procen die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

Paris, 3. Juni. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet. Die bayerische Reg begünstet.

